

Protest im Wylergut 29

Die Siedlungsgenossenschaft Wylergut kämpft für mehr Lärmschutz entlang der SBB-Linie.

Stadt Bern 29

Rund um Bern/Region 30-33
Kanton Bern 37/38/40

STADT BERN**«WESTSIDE» BRÜNNEN****So sieht der Einkaufstempel aus**

Verspielt, in die Landschaft greifend, hölzern: Das Äussere des «Westside»-Gebüdes. Hier entsteht ein neues Wohn- und Geschäftsquartier – mit Strassen, Plätzen und neuen Bahnhöfen.



Lichtdurchflutet, schräg, luftig: Das Innere des Shoppingcenters. Hier entsteht die «perfekte Stadt» – ein Mix aus über 60 Läden, 17 Restaurants und Erlebniswelten.

Holz, Metall und Glas – das sind die Stoffe, aus denen das «Westside» ist. Der Berliner Architekt Daniel Libeskind und sein Team haben dem Einkaufs- und Freizeitzentrum in Brünnen den finalen Schliff verpasst. Das Projekt ist baureif.

Hugo Wyler

In den letzten Wochen hat das Freizeit- und Einkaufszentrum «Westside» seine Form und seine Gestalt endgültig gefunden. Die Migros liess gestern die Katze aus dem Sack und veröffent-

lichte drei topaktuelle Projektbilder (vgl. oben). Sie zeigen ein Einkaufs- und Freizeitzentrum, das sich vom kühlen Wettbewerbsentwurf entfernt und konkretisiert hat. Die auffallendste Neuerung betrifft die Hülle: Die

Fassade wird vorwiegend in Holz gestaltet. Noch nicht geklärt ist laut Thomas Bornhauser, Leiter Kommunikation der Migros Aare, welcher Holztyp verwendet werden soll. Das Äussere des «Westside» wird zudem durch Metallfassaden, beispielsweise beim achtgeschossigen Hotelbau- oder der Seniorenresidenz, und Glasstreifen auf spannende Weise belebt. Markant sind auch kristallartige Glaskonstruktionen: «Sie fan-

gen das Licht der Aussenwelt ein und ziehen es quer durch den Bau bis auf die Ebene des Parkhauses», schreibt die Migros dazu.

Wie diese Zeitung letzte Woche berichtete, hat die Migros alle Dossiers inklusive den Umweltverträglichkeitsbericht bei den zuständigen Behörden eingereicht. «Wir sind zuversichtlich, dass die äusserst umfangreiche Baueingabe anfang Januar publiziert wird», erklärte Born-

hauser gestern. Nächste Woche sollen die Profile für das 350 Millionen teure Bauwerk aufgestellt werden. «Brünnen ist in den nächsten Wochen das Stadtgespräch», hält die Migros selbstbewusst fest.

Baureif sei nicht nur das «Westside», sondern auch der erste Teil der Wohnsiedlung Brünnen, das Baufeld 6. Dort sollen 75 von schlussendlich rund 800 Wohnungen entstehen. Mit der Publikation sei in wenigen Wochen zu rechnen, schreibt die Migros. Der Brünnen-Fahrplan sieht so aus: Im Frühjahr oder Frühsommer soll mit der 500 Meter langen Autobahnüberdeckung begonnen werden. Den Baustart für das «Westside» und die Wohnsiedlung erhofft man sich im Herbst 2003 und deren Fertigstellung im Jahr 2006. Dann sollen auch der neue S-Bahnhof Brünnen und das Tram West realisiert sein. ◆

TAG DER MENSCHENRECHTE**«Kein Steckenpferd für Gutmenschen»**

Religiöse Minderheiten haben mit grösseren Hindernissen zu rechnen beim Bau von sakralen Gebäuden. Die Stadt Bern wollte wissen, worans liegt. An einer Tagung wurden Resultate vorgestellt.

Hannah Einhaus

Internationaler Tag der Menschenrechte am 10. Dezember. In Bern gehen in der Regel Menschenrechtsorganisationen auf Strassen und Plätze, um auf Missstände in Ost, West und Süd aufmerksam zu machen. Dies war auch gestern so (siehe Kasten). Besonders in diesem Jahr war aber, dass die Stadt Bern erstmals selber aktiv wurde und eine Tagung veranstaltete zu Diskriminierungen hier zu Lande. Gemeinderätin Edith Olibet stellte in einem Eingangsreferat fest, dass «Menschenrechte oft wie ein Steckenpferd von Gutmenschen oder von politisch bedauerlich schwachen Minderheiten behandelt werden». Sie forderte auf zum «Einüben eines diskriminierungsfreien Umgangs miteinander». Eine solche Kultur sei nicht das Produkt frommer Wünsche. Rechtzeitig zur gestrigen Tagung wurde eine Studie der Uni-

versität Bern fertig gestellt, die untersucht hat, ob das aktuelle Bau- und Planungsrecht nicht-christliche Religionsgemeinschaften beim Bau ihrer Kultusstätten diskriminiere.

Baugesetze kein Problem ...

Die Landeskirchen und andere lange verankerte Glaubensgemeinschaften haben Kultusstätten in Bauzonen, die ihrer spezifischen Nutzung gemäss ausgeschieden wurden. Fürsprecher Mathias Kuhn vom Institut für öffentliches Recht, Co-Autor der Studie, hielt jedoch fest, dass «für Bauprojekte von neu in der Schweiz wirkenden Konfessio-

nen in der Regel keine entsprechend nutzbaren Flächen vorhanden sind». Im Klartext: In Bern nicht etablierte Glaubensgemeinschaften müssen ein Plätzchen in Wohn- oder Industriezonen suchen und eine Ausnahmebewilligung beantragen. Der Bedarf an solchen Kulturräumen nimmt infolge der Migration auch in der Stadt Bern markant zu. So hat sich beispielsweise die Zahl der Muslime schweizweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Kuhn hielt weiter fest, dass Kantone und Gemeinden bei der Festlegung von Richt- und Nutzungsplänen eine «erhebliche

Autonomie» haben. Sie seien frei, ob und wie einem allfälligen Bedarf an Kultusstätten planerisch Rechnung getragen werden soll. Laut Kuhn bieten die Gesetze genügend Raum für eine diskriminierungsfreie Zulassung von Kultusstätten.

... aber Sensibilisierung fehlt

«Aber», so die Bilanz des Fürsprechers, «die Behörden müssen sensibilisiert werden.» Bei der Vorstellungsrunde des Workshops stellte sich jedoch schnell heraus, dass weder Vertreter von den kantonalen noch von den städtischen Planungsbehörden hier präsent waren.

Am Beispiel des Hindu-Tempels, der vor wenigen Monaten neben der Kehrichtverbrennungsanlage in einer Industriezone entstanden ist, zeigte Kuhn, wo ein weiteres Problem liegen kann: «Um den Tempel rasch bauen zu können, hat man einen Ort mit geringem Konfliktpotenzial ausgesucht.» Will heissen: In einem Wohnquartier wäre der Widerstand der Nachbarschaft deutlich grösser gewesen.

Können Kirchen helfen?

Neben einer Sensibilisierung der Behörden wurde daher auch eine breitere Akzeptanz von religiösen Minderheiten bei der Bevölkerung postuliert. Mit gutem Beispiel voraus gehen sollten die Muslime mit Schweizer Pass, forderte Mohammad Tufail, Präsident des Islamischen Zentrums in Bern. Die Moschee wurde einst in ehemaligen Gewerberäumen für 100 Personen untergebracht, braucht heute aber für das Freitagsgebet Platz für 700 bis 800 Personen. Als eine Vertreterin der römisch-katholischen Gemeinde anbot, ungenutzte Kirchenräume als Moschee umzunutzen, stiess sie bei Tufail auf offene Ohren. Ein Teilnehmer schlug vor, dass die Stelle für Integrationsfragen eine Art «Lotsendienst» für Gesuchsteller durch den Gesetzesdschungel zur Verfügung stelle. ◆

AKTIONEN IN BERN**Petitionen, Fackelzüge und Besetzungen**

Hilfsorganisationen in Bern haben anlässlich des Menschenrechtstags Tausende Unterschriften gegen die Verletzung der Menschenrechte auf der ganzen Welt gesammelt. Mit Infoständen und Fackelumzügen unterstrichen sie am Dienstag ihre Anliegen.

Amnesty International sammelte Unterschriften gegen die Verletzung der Menschenrechte in Russland. Die russische Armee trete in Tschetschenien die

Menschenrechte mit Füßen. Im ganzen Land gebe es Folter und Misshandlungen durch die Sicherheitskräfte.

Unterschriften sammelten auch die Schweizer Landeskirchen. Sie fordern die Abschaffung der Todesstrafe auf der ganzen Welt. Im Zentrum der Aktion standen die USA, Japan und Saudi-Arabien. Die Schweizer Tibet-Organisationen forderten in Bern, dass sich der Bund stärker für das Selbst-

bestimmungsrecht des chinesisch besetzten Tibets einsetzen soll. Das Schweizerische Rote Kreuz engagierte sich für die Bekämpfung von Folter.

Um die Ausschaffung eines inhaftierten Kurden zu verhindern, haben Unterstützende der Sans-Papier-Bewegung das Amtshaus besetzt. Ebenso forderten Schülerinnen und Schüler anlässlich des Menschenrechtstages die Freilassung des Kurden. sda/ein

LOTTERIEWESEN**Bald keine «Lösli» mehr**

Die Losverkäufer verschwinden wohl schon bald aus dem Berner Stadtbild. Grund: Die Bundesstadt erzielt mit ihren vier Lostellen im Bahnhof, in der Neugasse, in der Spitalgasse und in der Marktgasse immer weniger Umsatz. Sie gibt deshalb das Lotteriewesen auf, wie der «Bund» in seiner gestrigen Ausgabe berichtete. Möglicherweise werden die Verkaufsstände bereits Ende Februar 2003 abgebrochen. Die Stadt Bern hat das Lotteriegeschäft in den 60er-Jahren von einer privaten Firma übernommen. sr



11.

Wir wünschen allen Zeitungsverträgern...

...und allen Zeitungsverträgern in dieser kalten und manchmal unwirtlichen Zeit, dass ihnen am frühen Morgen nicht plötzlich die «Chlämmerli» abfrieren. Und wir möchten uns bei ihnen für ihre Arbeit herzlich bedanken!